

Für die ärztlichen Leiter ist es vordringlich, der Unterstützung junger Ärztinnen, die in großer Zahl ihre Arbeit aufgenommen haben und zum Teil zusätzliche Verpflichtungen als Mütter und bei der Versorgung des eigenen Haushalts erfüllen, besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Gewährleistung ihrer qualitativ hohen Ausbildung zum Facharzt durch entsprechende Förderungsmaßnahmen ist gleichzeitig eine wesentliche Bedingung für ihre Vorbereitung auf die Übernahme leitender Funktionen im Gesundheitswesen in unvergleichlich größerem Umfang als in der Vergangenheit.

In den Einrichtungen, in denen die zentrale Bedeutung der qualifizierten Weiterbildung des ärztlichen Nachwuchses und die damit verbundenen Probleme noch nicht genügend erkannt wurden, sollten die Partei-, Gewerkschafts- und FDJ-Organisationen mithelfen, Klarheit über die Aufgaben und Verpflichtungen des Arztes in der sozialistischen Gesellschaft sowohl bei den Facharztkandidaten als auch bei den ärztlichen Leitern zu schaffen.

Hohe Berufsauffassung

Der Arzt begleitet gemeinsam mit der Schwester die ihm anvertrauten Patienten oft auf den schwersten Wegstücken des Lebens. Von Beginn des Studiums an muß sich deshalb bei unseren Studenten und beim ärztlichen Nachwuchs die Erkenntnis festigen: „Arzt sein heißt in erster Linie, für andere da sein.“ Der Pflichtenkodex des Arztes unserer Gesellschaft hat deshalb ein entscheidendes Leitprinzip: Mein ganzes Handeln entscheidet in den Augen des Patienten darüber, wie sich dessen Eindruck vom sozialistischen Gesundheitsschutz in der Praxis prägt.

Die erste große Bewährungsprobe, die der junge Arzt zu bestehen hat, liegt bereits in seiner Entscheidung, in dem Territorium, in dem Bereich der medizinischen Arbeit und in dem Fachgebiet zu arbeiten, wo die Bevölkerung seine Hilfe am dringendsten benötigt. Gegenwärtig gibt es in fast allen Kreisen und Bezirken berechtigte Klagen der Bevölkerung über die ambulante medizinische Betreuung. Eine der Ursachen für diese Situation liegt in der offenen oder versteckten ablehnenden Haltung eines Teils der medizinischen Intelligenz — darunter zahlreicher junger Ärzte — nach abgeschlossener Facharztausbildung hauptberuflich in der ambulanten Betreuung zu arbeiten. Offensichtlich gelang es bisher weder in der Aus- und Weiterbildung der Ärzte noch durch entsprechende ideologische Arbeit der Partei-, Staats- und Gewerkschaftsorgane, diese falsche Einstellung und die unbegründeten Vorbehalte gegenüber der ambulanten Tätigkeit entscheidend abzubauen.

Als Arzt jederzeit für andere Menschen da zu sein, erfordert aber auch ständige Bereitschaft und gewissenhafte Pflichterfüllung, sorgfältige Arbeit in Diagnostik und Therapie, das rechtzeitige Erkennen der eigenen Grenzen und die Bereitschaft zu kollektiver Arbeit. All diese Faktoren sind aufs engste mit der politisch-moralischen Grundeinstellung des Arztes in der sozialistischen Gesellschaft verknüpft. Die Förderung solcher Eigenschaften, vor allem bei unseren jungen Ärzten, ist ein wichtiger Teil, der ideologischen Arbeit der Grundorganisationen.

Aktive gesellschaftliche Arbeit

Einige Parteileitungen haben die Erfahrung machen müssen, daß Absolventen, die an der

INFORMATION

Krankenbetreuung in der DDR

In der DDR gibt es 757 Krankenhäuser mit 206 154 Betten, damit entfallen auf je 10 000 Einwohner 15 Betten mehr als in der Bundesrepublik.

Die Zahl der Ärzte ist in der DDR innerhalb der fünf Jahre

von 1962 bis Ende 1966 um ein Drittel gestiegen. Ein Arzt kommt auf 800 Einwohner. 1970 werden in der DDR zwei Ärzte auf 1000 Einwohner kommen. Und so wie heute wird auch dann keiner von ihnen als „Modearzt“ und nur für gut zahlende Vorzugspatienten zu haben sein.

Für die Behandlung von Kranken stehen außer den Krankenhäusern 412 Polikliniken und 855 Ambulatorien, ferner Tausende Ambulanzen, staatliche

und private Arztpraxen, Zahnarztpraxen, Arzt- und Schwesternsanitätsstellen, Gemeindeschwesternstationen, konfessionelle Pflegeanstalten, Tbk- und Geschwulstkranken-Betreuungsstellen und Nacht-sanatorien zur Verfügung.

Selbstverständlich kann jeder diese Gesundheitseinrichtungen kostenlos in Anspruch nehmen und frei unter ihnen und den Ärzten wählen.

(Aus einem Material des Staatssekretariats für westdeutsche Fragen)